

Antrag Nr. 14

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 175. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 5. Mai 2021

MEHR LEHRSTELLEN JETZT FÜR DIE FACHKRÄFTE VON MORGEN

Die Corona-Krise hat 2020 zu einem deutlichen Anstieg der Lehrstellensuchenden geführt. Zum Höhepunkt im Mai waren österreichweit über 8.800 Jugendliche auf der Suche nach einer Lehrstelle. Zugleich ging die Anzahl verfügbarer Lehrstellen deutlich zurück. Ohne die verstärkte Aufnahme von Lehrlingen in Betrieben der Stadt Wien, ohne Aufstockung der Plätze in der Überbetrieblichen Lehrausbildung (ÜBA) und der sozialpartnerschaftlich ausverhandelten Möglichkeit, auch Lehrlinge in Kurzarbeit zu schicken, wäre die Situation noch viel schlimmer geworden. Doch bereits der Jänner 2021 hat mit einem 32%igen Anstieg der Lehrstellensuchenden gegenüber dem Vorjahresmonat in Wien gezeigt, dass wir das Schlimmste noch lange nicht hinter uns haben.

Vor allem ist zu erwarten, dass es spätestens im kommenden Herbst zu einer Insolvenzwelle kommt. Außerdem haben viele Jugendliche im Herbst 2020 sich dafür entschieden, anstelle eine Lehrstelle zu suchen, noch ein zusätzliches Jahr in der Schule zu verweilen. Dies könnte im Herbst 2021 zu einem doppelt so starken Andrang auf Lehrstellen führen, wenn sowohl Interessierte für eine Lehre des letzten Jahres, als auch Interessierte des aktuellen Jahres auf den Arbeitsmarkt drängen.

Auch hat die Corona-Krise gezeigt, wie wichtig eine stabile Internetverbindung, eigene Laptops und Webcams sind. Lehrlinge, die während der Lockdowns nur im Distance Learning unterrichtet werden konnten, brauchten zuhause eine gute technische Ausstattung sowie einen dementsprechenden Internetzugang, um den Lerninhalten folgen zu können. Es ist unverantwortlich, dass dies in die individuelle Verantwortung der Lehrlinge bzw deren Eltern fällt, nach dem Prinzip „Wer es sich leisten kann, kommt mit – wer nicht, der gehe unter.“ Doch auch schon vor der Pandemie ging der Trend in der Arbeitswelt zu einem steigenden Einsatz von digitalen Geräten – sei es für Beschaffungs- und Vertriebskanäle, digitale Steuerungen in der Produktion usw. Lehrlinge können dieser Anforderung nur gerecht werden, wenn für jeden einzelnen ein möglichst früher Zugang zu diesen Geräten garantiert ist. Auch der Umgang digitaler Geräte in einem Arbeitskontext muss erst erlernt werden. Gerade bei betriebs- und branchenspezifischen Anwendungen reicht es nicht aus, sich auf die via Alltagsgebrauch von den Jugendlichen erworbenen Kenntnisse zu verlassen.

Langfristig stellt sich außerdem die Frage, wer in Zukunft genügend Lehrlinge ausbildet, um dem oft von Unternehmensseite beklagten Fachkräftemangel zu begegnen. Immer weniger Betriebe sind dazu bereit, Lehrlinge auszubilden und die Ausbildungsqualität schwankt je nach Lehrbetrieb und Branche deutlich. Die Lehrausbildung muss auf mehrere Standbeine gestellt werden, damit Ausbildung und Ausbildungsqualität sichergestellt werden.

Lehrlinge, die jetzt ausgebildet werden, sind die Fachkräfte von morgen. Investitionen in die Lehrausbildung bilden die Grundlage für zukunftsträchtige Beschäftigung, Arbeitsplatzsicherheit und Wirtschaftswachstum.

Forderungen:

Die Bundesregierung hat genügend Plätze in der Überbetrieblichen Ausbildung zur Verfügung zu stellen. Bei der Auswahl der Lehrberufe muss sowohl auf die Wünsche der Jugendlichen als auch auf den zukünftigen Fachkräftebedarf der Wirtschaft Rücksicht genommen werden.

Ebenso muss eine langfristige Planungssicherheit für die Trägereinrichtungen der Überbetrieblichen Ausbildung ermöglicht werden.

Schaffung zusätzlicher Lehrausbildungsplätze in Betrieben der öffentlichen Hand durch die Bundesregierung sowie durch die Stadt Wien.

Bei Ausschreibung öffentlicher Aufträge ist die Ausbildung von Lehrlingen (über die Probezeit hinaus) als positives Kriterium zwingend anzuführen und im Sinne des Bestbieterprinzips entsprechend vorteilhaft zu bewerten.

Flächendeckende Ausstattung von Berufsschulen mit digitaler Infrastruktur (Laptops, WLAN) durch Bund und die Stadt Wien.

Zur Verfügung stellen entsprechender Geräte und Infrastruktur durch die Stadt Wien wie z.B. Internetverbindungen für Lehrlinge, welche sich eine eigene Anschaffung nicht leisten können.

Weiterentwicklung der dualen Ausbildung zur Sicherung der Ausbildungsqualität durch die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern z.B. durch den Ausbau von Ausbildungsverbundsystemen, wie jene der Bauakademie, für weitere, geeignete Lehrberufsgruppen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich